

# Keller-Sutters Einfluss auf die EU-Strategie

**Bilaterale** Die Europadiskussion verlagert sich weg vom Rahmenabkommen hin zur Kündigungs-Initiative der SVP. Doch wie wird Brüssel auf das Zeitschinden der Schweiz reagieren?

Doris Kleck

Man hat fast das Gefühl, die Schweizer Europapolitik wird im Osten gemacht. Als Karin Keller-Sutter noch für St. Gallen im Ständerat politisierte, gab sie mit ihrem Standeskollegen Paul Rechsteiner ein gut harmonisierendes Duo ab. Die Freisinnige und der Sozialdemokrat spielten etwa bei der Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative der SVP eine wichtige Rolle. Die Wirtschaftsfrau und der ehemalige Gewerkschaftsboss belebten die alte europapolitische Koalition neu.

Die St. Galler Achse scheint auch nach der Wahl von Keller-Sutter in den Bundesrat zu funktionieren. Auffällig ist, wie die Justizministerin und der immer noch einflussreiche Rechsteiner die europapolitische Lage analysieren. In identischen Worten sprechen sie von einem «Schweizer Brexit», für den Fall, dass die Stimmbürger die SVP-Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit annehmen würden. Für Rechsteiner könnte ein Ja den «endgültigen Bruch mit der EU bedeuten», wie er im Interview mit CH Media erklärte. Er verlangte, dass der Bundesrat den Fokus auf die SVP-Initiative richtet. Keller-Sutter wiederum sagte am Montag dieser Zeitung: «Wenn es nicht gelingt, den bilateralen Weg zu sichern, erledigt sich auch die Frage nach einem Rahmenabkommen.»

## Alle Zeichen auf Verzögern

Der Schwerpunkt der EU-Debatte verschiebt sich vom Rahmenabkommen hin zur Kündigungs-Initiative. Ob nur Ausweichmanöver oder berechtigte Angst vor dem «Schweizer Brexit»: Der Konsens reift, dass der Bundesrat das Rahmenabkommen erst nach der Abstimmung über die SVP-Initiative unterschreiben darf. Am deutlichsten sagte es Bundespräsident Ueli Maurer diese Woche in einem Interview mit «Le Temps»: Er denke nicht, dass der Bundesrat das Abkommen vor der Abstimmung unterzeichnen werde: «Sonst steigen die Siegeschancen der Initiative», sagte der SVP-Magistrat. In diesem Sinne ist auch der Entscheid der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates zu lesen. Sie entschied letzte Woche, dass der



Karin Keller-Sutter übernimmt in der Europafrage eine Schlüsselrolle.

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, 29. März 2019)

Bundesrat das Rahmenabkommen innerhalb eines Jahres unterzeichnen soll. Die grosszügige Frist war bewusst gewählt: «Erst wenn die Kündigungs-Initiative vom Tisch ist, wollen wir die Diskussion um das Abkommen aufnehmen», sagte Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP/ZH).

Die Frage ist, ob der Bundesrat diese innenpolitische Prioritätensetzung auch der EU erklären kann. Brüssel erwartet spätestens Anfang Juni eine Antwort, wie es mit dem Rahmenabkommen weitergeht. Am 22. Juni wird die EU-Kommission nämlich entscheiden, ob es Fortschritte gibt. An dieser Beurteilung hängt, ob die EU die Äquiva-

lenzanerkennung für die Schweizer Börse verlängert oder nicht.

Wie wird der Bundesrat diese Klippe umschiffen? Innenpolitisch ist das Abkommen nicht mehrheitsfähig, ein Nein wäre gegenüber der EU aber ein Affront. Paraphieren geht auch nicht. Bleibt die Option des «Ja, aber». Die Regierung wird Nachverhandlungen verlangen, auch wenn sie dieses Wort nicht gebrauchen darf: Die EU schliesst solche kategorisch aus. Es geht also um Klarstellungen und Präzisierungen, die der Bundesrat in Brüssel erreichen will. Sie betreffen die flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz, die Unionsbürgerrichtlinie und die staatlichen Beihilfen. Die Taktik

lautet also: Zeitschinden. Sich weiter durchmogeln. Nur: Wie wird die EU auf das Hinausschieben reagieren? Das ist der risikoreiche Part der Strategie. SP-Präsident Christian Levrat gehört zu ihren Verfechtern. Aber auch er sagte kürzlich dieser Zeitung: «Ich habe grossen Respekt vor den nächsten Monaten.» Retorsionsmassnahmen seitens der EU könnten die Ausgangslage für die Abstimmung zur Kündigungs-Initiative erschweren. Entspannter sieht dies Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR). «Steigt der Schmerz zu, wird es einfacher, die Kündigungs-Initiative zu bodigen.» Will heissen: Die Schweizer würden aufgrund der EU-Massnahmen realisieren, wie

wichtig geordnete Beziehungen zum grössten Handelspartner sind. Zeitlich kommt der Schweiz der Machtwechsel in Brüssel nicht ungelegen. Zwar weiss der Bundesrat nicht, wer künftig sein Ansprechpartner sein wird und wie wohlwollend der neue Präsident der EU-Kommission der Schweiz gesinnt sein wird. Für Caroni ist indes klar, dass der Bundesrat auch mit der neuen Führung in Brüssel über das Rahmenabkommen diskutieren muss. Ansonsten sähe er sich innenpolitisch dem Vorwurf ausgesetzt, nicht alles probiert zu haben, um Verbesserungen zu erreichen. Die neue EU-Kommission wird ihre Tätigkeit frühestens am 1. November aufnehmen. Bis sie sich der Schweiz zuwenden wird, dürfte es Frühling werden. Die Kündigungs-Initiative kommt frühestens im Mai 2020 zur Abstimmung.

## Kontrollen verstärken?

Die SVP-Initiative ist das wichtigste Dossier von Karin Keller-Sutter. Bei ihrem Auftritt letzte Woche hat sie die Gewerkschaften umgarnt: «Um einen «Schweizer Brexit» zu verhindern, ist es unbedingt nötig, die Allianz der Kräfte für den bilateralen Weg zu erneuern. Und ohne einen Zusammenschluss der Sozialpartner ist das nicht möglich.» Für Keller-Sutter ist die Kündigungs-Initiative ein Hebel, um auf den Arbeitsmarkt und den Lohnschutz einzuwirken – und die Europapolitik mitzuprägen. Verständigt sich der Bundesrat mit den Gewerkschaften, um gemeinsam die SVP-Initiative zu bekämpfen, könnte dadurch das Terrain für eine innenpolitische Lösung zum Lohnschutz beim Rahmenabkommen geebnet werden. Dazu passt, dass der Bundesrat nebst Wirtschaftsminister Guy Parmelin auch Keller-Sutter beauftragt hat, mit den Gewerkschaften den Spielraum bei den flankierenden Massnahmen auszuloten, wie die NZZ gestern publik gemacht hat.

Wie genau die neue Bundesrätin die Gewerkschaften an Bord holen wird, ist offen. Freisinnige Politiker sehen einen Spielraum bei verschärften Kontrollen. Ein Zufall? Auch Rechsteiner sagte im Interview mit CH Media: «Kontrollen sind das Rückgrat des Lohnschutzes.»

## Wie viel Schweiz steckt im nächsten EU-Chef?

**Brüssel** Der Brexit, die EU-Wahlen Ende Mai, die Parlamentswahlen im Oktober: Im Hinblick auf diese Weichenstellungen sei es besser, beim Rahmenabkommen «erst mal abzuwarten», sagte Bundespräsident Ueli Maurer kürzlich am Rande einer Veranstaltung in Zürich. Die Schweiz dürfe sich in den Verhandlungen nicht drängen lassen.

Tatsächlich verdichten sich die Anzeichen, dass der Bundesrat auch nach Abschluss der Konsultation im Sommer bloss eine weitere «Auslegung» vornehmen wird. Das Dossier «Rahmenabkommen» dürfte dann dem neuen Kommissionspräsidenten in die Hände fallen, der frühestens am 1. November seine Funktion in Brüssel aufnehmen wird. Der amtierende Kommissionschef und selbsterklärte «Freund der Schweiz» Jean-Claude Juncker warnte vor diesem Szenario: «Verhandeln Sie mit mir, schliessen Sie mit mir ab», riet er in seinem bislang einzigen Interview mit einem Schweizer Medium im vergangenen September. Andernfalls könnte es «richtig schlimm werden», erklärte Juncker.

Aber stimmt das? Wie halten es Junkers potenzielle Nachfolger mit der Eidgenossenschaft?

### Manfred Weber: Andere Saiten aufziehen



Der Deutsche Manfred Weber ist Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP). Als Bayer mit Hang zur Volkstümlichkeit könnte man meinen, der 46-Jährige habe eine natürliche Affinität zur Schweiz. Das dem nicht so ist, machte Weber bei einem kürzlichen Wahlkampfauftritt in Deutschland klar: «Wenn Schweizer auf dem Frankfurter Flughafen landen, stellen sie sich in die Schengen-Schlange und nicht zu den EU-Ausländern. Daheim schimpfen sie dann wieder auf die EU», stänkernte Weber gemäss der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung». Als Kommissionspräsident werde er solches Verhalten «nicht länger dulden». Das sind klare Worte, und sie decken sich gemäss Insidern mit dem Bild der «Rosinenpcker», das Weber von den Schweizern auch bei anderer Gelegenheit kultiviere. Böse Zungen hingegen behaupten: Der CSUler sei bloss neidisch, dass es dem eigensinnigen Nachbarn auch ohne Mitgliedschaft im EU-Verein so gut gehe.

### Margrethe Vestager: Kein Pardon



Die liberale Margrethe Vestager hat sich einen Ruf als kompromisslose Verteidigerin des EU-Wettbewerbsrechts geschaffen. Steuerrabatte an internationale Unternehmen zur Aufbesserung der Standortattraktivität? Heimatschutz für lokale Firmen über grosszügige Subventionen? Da versteht die 50-jährige Dänin keinen Spass. Das «Level Playing Field», also die gleichlangen Spiesse für alle, ist die Arbeitsmaxime der Wettbewerbskommissarin. Das dürfte die Schweiz bei einer Aktualisierung des Freihandelsabkommens 1972, wie im Rahmenabkommen vorgesehen, zu spüren bekommen. Zu Vestagers Leistungsausweis gehört auch, gerne mal ein Exempel zu statuieren, wie man bei den US-Tech-Giganten Apple oder Google sieht. Ausserdem: Das Team von Vestager ist jung, dynamisch und gehört einer neuen Generation von EU-Beamten an. Europäer vom alten Schlag wie Juncker, die noch ein gewisses Verständnis für die historisch gewachsene Schweizer Situation hatten, gibt es darunter keine mehr.

### Michel Barnier: Bonne nuit



Der Brexit-Chefverhandler Michel Barnier ist zwar nicht offiziell Kandidat. In Brüssel ist es aber jedem ersichtlich, dass sich der 68-Jährige im Kampagnenmodus befindet. Würde er Kommissionspräsident werden, könnte die Schweiz ihre Forderungen nach Zugeständnissen definitiv einpacken. Barnier und seine Berater könnten als das durchgehen, was der ehemalige Preisüberwacher und SP-Ökonom Rudolf Strahm wenig schmeichelhaft als «Binnenmarkt-Kampfhunde» beschrieben hat. In der «Barnier-Doktrin» gibt es zwischen einer engen Anbindung im Rahmen des EWR und einem nackten Freihandelsabkommen à la Kanada kaum Extrawürste im Angebot – das gilt für die Schweiz ebenso wie für das Vereinigte Königreich. Dass der Savoyarde als Mann aus den Alpen den Schweizern kulturell im Prinzip nahestehen müsste, ist ein schwacher Trost. Barnier ist nämlich auch Franzose – und die waren der Schweiz bei der Verteidigung ihres Sonderwegs nun wirklich selten eine Hilfe.

### Frans Timmermans: Leider nein



Ein ausgebauter Arbeitnehmerschutz soll dem Niederländer Frans Timmermans zwar durchaus ein Herzensanliegen sein. Im Kampf um die flankierenden Massnahmen dürfte dies der Schweiz aber nicht viel helfen: Als Mitglied der serbelnden Sozialdemokraten ist der 57-jährige Kommissionsvize faktisch ohne Chance für die Juncker-Nachfolge. Zu rechnen ist höchstens damit, dass er den Posten von Federica Mogherini als EU-Aussenbeauftragter erben wird. In Sachen Schweiz hatte diese aber noch nie etwas zu sagen.

Remo Hess, Brüssel